

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 1633

[C – 2009/33024]

17. NOVEMBER 2008 — Dekret zur Schaffung eines Beirates für Familien- und Generationenfragen (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Es wird ein Beirat für Familien- und Generationenfragen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen, nachfolgend als Beirat bezeichnet.

Art. 2 - Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für beide Geschlechter.

KAPITEL II — Aufgaben des Beirates

Art. 3 - Der Beirat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. die Beobachtung und Analyse der Situation von Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter Einbeziehung bereits vorhandener oder noch zu ermittelnder wissenschaftlich fundierter Daten;
2. die Erarbeitung von Vorschlägen zur Gestaltung der künftigen Familien- und Generationenpolitik aus eigener Initiative oder auf Anfrage der Regierung, des Parlamentes oder der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets. Dabei sollen die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets vorrangig einbezogen werden;
3. die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen zur Optimierung der vernetzten Zusammenarbeit aller Akteure im Familien- und Generationenbereich;
4. die Förderung von öffentlichen Debatten zu familien- und generationsrelevanten Themen;
5. die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Familien- und Generationenfragen;
6. die Förderung von generationsübergreifenden Initiativen und Modellvorhaben auf kommunaler Ebene;
7. die Entwicklung von Handlungs- und Lösungsvorschlägen in der Familien- und Generationenpolitik auf Grundlage von wissenschaftlich und aus öffentlichen Debatten gewonnenen Erkenntnissen;
8. die Vertretung aus eigener Initiative oder im Auftrag der Regierung oder des Parlamentes in Fachverbänden auf zwischengemeinschaftlicher, föderaler, euregionaler oder internationaler Ebene, die sich mit Familien- und Generationenfragen beschäftigen.
9. die Erstellung von Gutachten zu Familien- und Generationenfragen aus eigener Initiative, auf Anfrage der Regierung, des Parlamentes oder einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets;
10. die Organisation von und die Teilnahme an Foren, die sich mit spezifischen Familien- und Generationenfragen unter vorrangiger Berücksichtigung der vom Beirat in Anwendung von Artikel 4 erarbeiteten Themenschwerpunkte befassen, wobei eine angemessene Beteiligung der Bürger zu gewährleisten ist. Diese Bürger werden über einen öffentlichen Aufruf ermittelt. Der Beirat löst ein Forum nach Beendigung seiner Arbeit auf.

Art. 4 - Der Beirat erarbeitet im Rahmen der in Artikel 3 benannten Aufgaben Themenschwerpunkte für Zeitperioden von jeweils zwei Jahren.

KAPITEL III — Zusammensetzung und Arbeitsweise des Beirates

Art. 5 - § 1 - Der Beirat setzt sich zusammen aus:

1. vier Mitgliedern, die von in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätigen Organisationen entsandt werden, die sich vorrangig mit Aufgaben im Bereich der Familien- und Generationenfragen befassen;
2. vier Mitgliedern, die von Gremien der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets entsandt werden, die sich vorrangig mit Aufgaben im Bereich der Familien- und Generationenfragen befassen.

Für jedes Mitglied des Beirates wird ein Ersatzmitglied benannt.

Die Regierung kann Beauftragte zu den Beratungen des Beirates entsenden. Diese Beauftragten sind nicht stimmberechtigt.

Der Beirat und die in Artikel 3 Nr. 10 erwähnten Foren können, insofern sie dies für ihre Meinungsbildung als wichtig erachten, Fachleute zu ihren Beratungen hinzuziehen oder deren Meinung einholen. Diese Fachleute sind nicht stimmberechtigt.

§ 2 - Die Mitglieder des Beirates sowie die Ersatzmitglieder werden aus Vorschlagslisten für eine Mandatsdauer von vier Jahren von der Regierung ernannt.

Die Regierung legt das Verfahren zur Bezeichnung der Vorschlagsberechtigten, zur Erstellung der Vorschlagslisten und zur Bezeichnung der Mitglieder und Ersatzmitglieder fest.

§ 3 - Auf Vorschlag des Beirates ernennt die Regierung innerhalb des Beirates einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten für eine Mandatsdauer von jeweils zwei Jahren. Die Mandate des Präsidenten und des Vizepräsidenten werden im Wechsel jeweils von einem Vertreter der in § 1 Nr. 1 erwähnten Organisationen und von einem Vertreter der in § 1 Nr. 2 erwähnten kommunalen Gremien wahrgenommen.

Art. 6 - Der Beirat gibt sich innerhalb von zwei Monaten nach seiner ersten Konstituierung eine Geschäftsordnung, die insbesondere folgende Aspekte regelt:

1. die Einberufung des Beirates sowie die Eintragung der Punkte in die Tagesordnung;
2. die Grundsätze zur Umsetzung der in Artikel 3 benannten Aufgaben;
3. die Einsetzung der Foren und deren Funktionsweise unter besonderer Berücksichtigung der Formen der Mitbestimmung der im Forum vertretenen Bürger;
4. das Verfahren zur Beschlussfassung im Beirat und in den Foren.

Die Geschäftsordnung wird der Regierung zur Billigung vorgelegt.

Art. 7 - Die Wahrnehmung der täglichen Geschäftsführung erfolgt durch den Präsidenten des Beirates. Das Sekretariat des Beirates ist in der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums angesiedelt.

Die Regierung beauftragt ein Personalmitglied des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der fachlichen Begleitung des Beirates und der Foren. Das betreffende Personalmitglied ist nicht stimmberechtigt.

Art. 8 - Der Beirat tritt mindestens vier Mal jährlich auf Einladung des Präsidenten sowie auf Antrag von mindestens einem Drittel seiner Mitglieder zusammen.

Der Präsident des Beirates teilt der Regierung die Termine der Zusammenkünfte mit.

Art. 9 - Der Beirat erstellt jährlich einen Tätigkeitsbericht, der sowohl eine kritische Bewertung der Tätigkeiten des vergangenen Jahres als auch Perspektiven und Empfehlungen für die künftige Ausrichtung der Tätigkeiten enthält. Dieser wird jeweils bis zum 31. Mai des darauffolgenden Jahres erstellt und der Regierung sowie dem Parlament übermittelt.

KAPITEL IV — *Finanzielle Bestimmungen*

Art. 10 - Für die Teilnahme an Sitzungen des Beirates haben dessen Mitglieder und die hinzugezogenen Fachleute Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Regeln.

Die Teilnehmer an Foren und die hinzugezogenen Fachleute haben Anrecht auf eine Aufwandsentschädigung gemäß den von der Regierung festgelegten Regeln.

KAPITEL V — *Inkrafttreten*

Art. 11 - Vorliegendes Dekret tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Eupen, den 17. November 2008

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden,
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus,
B. GENTGES

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung,
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport,
Frau I. WEYKMANS

—
Note

(1) *Sitzungsperiode 2008-2009.*

Dokumente des Parlamentes — Dekretvorschlag, 33 (2004-2005) - Nr. 1 — Abänderungsvorschläge, 33 (2004-2005) - Nr. 2 — Bericht, 33 (2004-2005) - Nr. 3

Ausführlicher Bericht — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 17. November 2008

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2009 — 1633

[C - 2009/33024]

17 NOVEMBRE 2008. — Décret pour la création d'un conseil consultatif pour les questions familiales et générationnelles (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté les points suivants et nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Le présent arrêté instaure un Conseil consultatif pour les questions familiales et générationnelles de la Communauté germanophone, ci-après dénommé le Conseil consultatif.

Art. 2. Les dispositions s'adressant aux personnes concernent les personnes des deux sexes.

CHAPITRE II. — *Tâches du conseil consultatif*

Art. 3. Le Conseil consultatif a pour tâches, notamment :

1. L'observation et l'analyse de la situation des familles en Communauté germanophone tout en tenant compte des données économiques déjà disponibles et encore à collecter;

2. L'élaboration de propositions pour l'avenir des politiques familiales et générationnelles, soit de sa propre initiative, soit à la demande du Gouvernement, du Parlement ou des communes de la Communauté germanophone. Ce sont les communes de la Communauté germanophone qui devraient être prioritairement impliquées dans ce processus;

3. L'élaboration de propositions pour l'amélioration et l'optimisation du travail de collaboration et de mise en réseau des tous les acteurs des questions familiales et générationnelles;

4. La promotion du débat publique sur les questions familiales et générationnelles;

5. Le renforcement de l'engagement citoyen sur les questions familiales et générationnelles;

6. La promotion d'initiatives et de modèles trans-générationnels au niveau communal;

7. Le développement d'initiatives et de propositions de solutions pour la politique familiale et générationnelle inspirées des constats issus des débats scientifiques et publics;

8. La représentation, de sa propre initiative ou à la demande du Gouvernement ou du Parlement, au sein de fédérations spécialisées aux niveaux intercommunal, fédéral, eurégional ou international, au sein des instances qui s'occupent de questions familiales et générationnelles;

9. La rédaction de rapports sur les questions familiales et générationnelles de sa propre initiative ou à la demande du Gouvernement, du Parlement ou des communes de la Communauté germanophone;

10. L'organisation de et la participation aux fora qui s'occupent des questions familiales et générationnelles spécifiques en tenant principalement compte des thèmes principaux traités par le Conseil consultatif et repris à l'article 4 du présent arrêté et au sein desquels il faudra assurer une participation idoine des citoyens. Ces citoyens seront sollicités par le truchement d'un appel à la population. Le Conseil consultatif dissoudra tout forum dont le travail sera terminé.

Art. 4. Le Conseil consultatif identifie, dans le cadre des tâches qui lui sont assignées à l'article 3 ci-dessus, les principaux thèmes qui seront sien pour chaque mandat de 2 ans.

CHAPITRE III. — *Composition et mode de fonctionnement du conseil consultatif*

Art. 5. § 1^{er}. Le Conseil consultatif se compose de :

1. Quatre membres, envoyés par les organisations de la Communauté germanophone qui s'occupent principalement des questions liées à la famille et aux générations;

2. Quatre membres, envoyés par les instances communales de la Communauté germanophone qui s'occupent principalement des questions liées à la famille et aux générations.

Chaque membre du Conseil consultatif est devra pouvoir être remplacé par un suppléant.

Le Gouvernement peut envoyer des mandataires aux séances de consultation du Conseil. Ces mandataires seront dépourvus du droit de vote.

Le Conseil consultatif, ainsi que les fora mentionnés à l'article 3, point 10, pour autant que ces derniers soient considérés comme importants pour permettre au Conseil consultatif de se forger une opinion, pourront faire appel à des spécialistes et demander auxdits spécialistes de donner leur opinion. Ces spécialistes seront dépourvus du droit de vote.

§ 2. Les membres du Conseil consultatif, ainsi que leurs suppléants, sont nommés par le Gouvernement à partir d'une liste de personnes et la durée de leur mandat est de 4 ans.

Le Gouvernement détermine la procédure de nomination des personnes habilités à être reprises sur la liste, la manière dont ladite liste est dressée, ainsi que la désignation des membres et de leurs suppléants.

§ 3. Sur proposition du Conseil exécutif, le Gouvernement nommera au sein dudit Conseil consultatif un président et un vice-président pour un mandat de deux ans. Les postes de président et de vice-président seront occupés, à tour de rôle par un représentant des organismes nommés au § 1^{er}, point 2, et par un représentant des instances communales visées au § 1^{er}, point 2.

Art. 6. Le Conseil consultatif s'engage, dans les deux mois de sa première réunion constituante, à adopter un règlement intérieur qui reprendra notamment les aspects suivants :

1. La convocation des réunions du Conseil consultatif, ainsi que l'élaboration des points de l'ordre du jour;

2. Les fondements de la transposition des tâches mentionnées à l'article 3;

3. La création et le fonctionnement des fora, tout en tenant particulièrement compte, au sein de ces fora, du droit à la codétermination des citoyens représentés au sein de chaque forum;

4. La procédure de prise de décision au sein du Conseil consultatif et des fora.

Le règlement intérieur sera soumis au Gouvernement pour approbation.

Art. 7. La gestion quotidienne des affaires courantes incombera au président du Conseil consultatif. Le secrétariat du Conseil consultatif est installé au sein des instances spécialisées compétentes du Ministère.

Le Gouvernement confiera à un fonctionnaire du Ministère de la Communauté germanophone l'accompagnement technique du Conseil consultatif et des fora. Le fonctionnaire concerné n'aura pas le droit de vote.

Art. 8. Le Conseil consultatif se réunit quatre fois par an sur invitation du président et à la demande d'au moins un tiers de ses membres.

Le président du Conseil consultatif communique les dates des réunions au Gouvernement.

Art. 9. Le Conseil consultatif rédige, chaque année, un rapport d'activités, qui contient à la fois une évaluation critique des activités de l'année précédente, ainsi que les perspectives et recommandations pour l'orientation des activités futures. Ce rapport doit être rédigé avant le 31 mai de l'année suivante et communiqué au Gouvernement et au Parlement.

CHAPITRE IV. — *Disposition financières*

Art. 10. Pour la participation aux réunions du Conseil consultatif, les membres dudit conseil, ainsi que les experts appelés à participer ont droit à un jeton de présence et au remboursement de leurs frais de déplacement selon les règles fixées par le Gouvernement.

Les participants des fora et les spécialistes convoqués aux réunions desdits fora ont également droit à un jeton de présence et au remboursement de leurs frais de déplacement selon les règles fixées par le Gouvernement.

CHAPITRE V. — *Entrée en vigueur*

Art. 11. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Eupen, le 17 novembre 2008.

Le Ministre-Président de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture, des Médias, des Monuments et Sites, de la Jeunesse et du Sport,
Mme I. WEYKMANS

Note

(1) *Période 2008-2009.*

Documents du Parlement. — Proposition d'Arrêté, 33 (2004-2005) - n° 1. — Propositions d'amendements, 33 (2008-2009) - n° 2. — Rapport, 33 (2008-2009) - n° 3.

Rapport détaillé. — Discussion et vote. Réunion du 17 novembre 2008.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 1633

[C - 2009/33024]

17 NOVEMBER 2008. — Decreet betreffende de oprichting van een adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft het volgende goedgekeurd en wij, Regering, bekrachtigen het :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Er wordt een adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken, hierna « adviesraad » genaamd, opgericht.

Art. 2. De persoonsaanduidingen in voorliggend decreet gelden voor beide geslachten.

HOOFDSTUK II. — *Taken van de adviesraad*

Art. 3. De adviesraad heeft in het bijzonder de volgende taken :

1. de observatie en analyse van de toestand van gezinnen in de Duitstalige Gemeenschap, rekening houdend met reeds beschikbare en nog te vergaren wetenschappelijk gefundeerde gegevens;

2. de uitwerking van voorstellen voor het uitbouwen van het toekomstige gezins- en generatiebeleid, hetzij op eigen initiatief, hetzij op vraag van de Regering, het Parlement of de gemeenten in het Duitse taalgebied. De gemeenten uit het Duitse taalgebied moeten prioritair hierbij betrokken worden;

3. de uitwerking van voorstellen voor het optimaliseren van de samenwerking van alle actoren uit de gezins- en generatiesector in een netwerk;

4. het promoten van openbare debatten over gezins- en generatierrelevante onderwerpen;

5. het versterken van het maatschappelijke engagement voor gezins- en generatievraagstukken;

6. het promoten van gemeentelijke initiatieven en plannen die de generaties overstijgen;

7. het uitwerken van voorstellen voor daden en oplossingen in het gezins- en generatiebeleid op basis van inzichten uit wetenschappelijk onderzoek en uit openbare debatten;

8. de vertegenwoordiging op eigen initiatief of in opdracht van de Regering of het Parlement in vakverenigingen op intercommunautair, federaal, euregionaal of internationaal niveau die zich met gezins- en generatievraagstukken bezighouden;

9. het opstellen van adviezen over gezins- en generatievraagstukken, hetzij op eigen initiatief, hetzij op vraag van de Regering, het Parlement of een gemeente uit het Duitse taalgebied;

10. de organisatie van en de deelname aan fora die zich met specifieke gezins- en generatievraagstukken bezighouden, waarbij de aandacht vooral uitgaat naar de klemtonen die de adviesraad in overeenstemming met artikel 4 heeft uitgewerkt en waarbij de burger adequaat moet worden betrokken. Deze burgers worden gezocht via een oproep aan het grote publiek. De adviesraad heft een forum na het beëindigen van de werkzaamheden op.

Art. 4. De adviesraad werkt in het kader van de in artikel 3 genoemde taken klemtonen uit voor periodes van telkens twee jaar.

HOOFDSTUK III. — *Samenstelling en werkwijze van de adviesraad*

Art. 5. § 1. De adviesraad bestaat uit :

1. vier leden die gemandateerd worden door organisaties die in de Duitstalige Gemeenschap actief zijn en die zich hoofdzakelijk met opdrachten in het domein van de gezins- en generatievraagstukken bezighouden;
2. vier leden die gemandateerd worden door instanties van de gemeenten in de Duitstalige Gemeenschap die zich hoofdzakelijk met opdrachten in het domein van de gezins- en generatievraagstukken bezighouden.

Voor elk lid van de adviesraad wordt een plaatsvervangend lid benoemd.

De Regering kan gevolmachtigden naar de beraadslagingen van de adviesraad sturen. Deze gevolmachtigden hebben geen stemrecht.

De adviesraad en de in artikel 3, 10°, vermelde fora kunnen, voor zover zij dit belangrijk vinden om een mening te vormen, experts bij hun beraadslagingen betrekken of hun mening vragen. Deze experts hebben geen stemrecht.

§ 2. De leden van de adviesraad en de plaatsvervangende leden worden door de Regering op basis van lijsten met kandidaten benoemd voor een mandaat van vier jaar.

De Regering bepaalt de procedure voor het benoemen van de personen die voorstellen mogen doen, het opstellen van de lijsten met kandidaten en het benoemen van de leden en plaatsvervangende leden.

§ 3. De Regering benoemt op voorstel van de adviesraad een voorzitter en een vicevoorzitter van de adviesraad met een mandaat van telkens twee jaar. De mandaten van de voorzitter en vicevoorzitter worden afwisselend waargenomen door een vertegenwoordiger van de in § 1, 1°, vermelde organisaties en door een vertegenwoordiger van de in § 1, 2°, vermelde gemeentelijke instanties.

Art. 6. De adviesraad keurt binnen de twee maand na de constituerende vergadering een huishoudelijk reglement goed dat in het bijzonder de volgende aspecten regelt :

1. de bijeenroeping van de adviesraad en de vermelding van de punten op de agenda;
2. de principes voor de verwezenlijking van de in artikel 3 genoemde taken;
3. de oprichting van fora en hun werking, in het bijzonder rekening houdend met de vormen van medezeggenschap van de in het forum vertegenwoordigde burgers;
4. de procedure voor de besluitvorming in de adviesraad en in de fora.

Het huishoudelijke reglement wordt ter goedkeuring aan de Regering voorgelegd.

Art. 7. De dagelijkse leiding wordt waargenomen door de voorzitter van de adviesraad. Het secretariaat van de adviesraad is in de bevoegde afdeling van het ministerie ingericht.

De Regering belast een personeelslid van het ministerie van de Duitstalige Gemeenschap met de professionele begeleiding van de adviesraad en van de fora. Het betrokken personeelslid heeft geen stemrecht.

Art. 8. De adviesraad komt jaarlijks minstens vier maal samen op uitnodiging van de voorzitter en op verzoek van minstens een derde van zijn leden.

De voorzitter van de adviesraad deelt de data van de vergaderingen mee aan de Regering.

Art. 9. De adviesraad stelt jaarlijks een activiteitenverslag op, dat zowel een kritische evaluatie van de activiteiten uit het afgelopen jaar als ook perspectieven en adviezen voor de toekomstige oriëntatie van de activiteiten bevat. Dit verslag wordt telkens uiterlijk op 31 mei van het jaar dat volgt op het jaar van de activiteiten, opgesteld en aan de Regering en aan het Parlement overgemaakt.

HOOFDSTUK IV. — *Financiële bepalingen*

Art. 10. Bij deelname aan vergaderingen van de adviesraad hebben de leden van de adviesraad en de experts die hierbij worden betrokken, recht op presentiegeld en reiskostenvergoedingen volgens de door de Regering vastgelegde regels.

De deelnemers aan fora en de experts die hierbij worden betrokken, hebben recht op een vergoeding van hun onkosten volgens de door de Regering vastgelegde regels.

HOOFDSTUK V. — *Inwerkingtreding*

Art. 11. Voorliggend decreet treedt op de datum van zijn goedkeuring in werking.

Eupen, op 17 november 2008.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk onderzoek,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,
Mevr. I. WEYKMANS

—
Nota

(1) *Zittingsperiode 2008-2009.*

Documenten van het Parlement. — Ontwerp van decreet, 33 (2004-2005) - nr. 1. — Voorstellen voor amendementen, 33 (2008-2009) - nr. 2. — Verslag, 33 (2008-2009) - nr. 3.

Uitvoerig verslag. — Discussie en stemming. Zitting van 17 november 2008.